Die Posener Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme Montags.

Bestellungen nehmen alle Post-Anstalten des In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Das Abonnement beträgt vierteljährl. für die Stadt Posen 1 Rthlr., für ganz Preußen 1 Rthlr. 7 sgr. 6 pf.

Insertionsgebühren 1 sgr. 3 pf. für die viergespaltene Zeile.

№ 26. Donnerstag den 1. Februar. 1849.

Bekanntmachung.

Mit Bezug auf unsere Bekanntmachung vom 11. d. M. in der Posener Zeitung Nr. 16. und im Amtsblatte Nr. 4., werden die Interessenten der freiwilligen 5% Staatsanleihe, welche im Besitze rde Empfangsbescheinigungen bis No. 300. inclusive sich befinden, benachrichtigt, daß die ihnen zustehenden Valuten in Schuldverschreibungen und baarem Gelde bei unserer Haupt-Kasse zur Ausgabe bereit liegen und in den Dienststunden Vormittags von 8 bis 1 Uhr werden verabfolgt werden.

Mit den obigen Nummern, welche diejenigen der ersten baaren Einzahlung sind, stehen in Verbindung die Scheine über die von einzelnen Interessenten geleisteten spätern Nachzahlungen, so wie die Werthbescheinigungen über Gold- und Silber-Geräthe.

Mit Versendungen an Auswärtige kann die Hauptkasse sich nicht befassen, sie wird sich dazu der Vermittelung der Kreis-Kassen bedienen. Auswärtige werden wiederholt aufmerksam gemacht, ihre Scheine nur erst einzusenden, wenn die Nummern der Letztern vorher aufgerufen worden sind.

Posen den 30. Januar 1849.

Königliche Regierung.

Inland.

Berlin, den 31. Januar. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Dem Regierungs- und Baurath Johann August Frank zu Koblenz bei seinem Ausscheiden aus dem Staatsdienste den Charakter als Geheimer Regierungs-Rath beizulegen; und den Regierungs-Assessor Freiherrn Karl von Meusebach zum Regierungs-Rath zu ernennen.

Se. Erlaucht der regierende Graf Alfred zu Stolberg-Stolberg, ist nach Magdeburg abgereist.

*Posen, den 31. Januar. Der verfängliche Einwurf, welche Macht denn der Krone noch verbleibe, wenn ihr das absolute Veto entzogen, darf uns an der Folgerichtigkeit unserer für das suspensive Veto sprechenden Gründe nicht irre werden lassen. Denn der Einwand ist unwahr, die Gewalt einer mit bloß suspensivem Veto ausgestatteten Regierung ist mehr als ein dürftiges Schattenbild, wofür die Panegyriker des konstitutionellen Absolutismus sie so gerne ausgeben möchten. Sie gewährt dem providentiellen Sinne der Staatslenker die erhabene Befugniß, den Sturmschritt der Leidenschaften aufzuhalten, die Heftigkeit einer ruckweisen Entwickelung zu mildern, den sich überstürzenden Volkswillen zur Besinnung zurückzuführen. Es giebt hier nur ein Entweder Oder. Man halte entweder nach wie vor noch fest an dem Prinzip des beschränkten Unterthanenverstandes, man verstatte demgemäß der misera contribuues plebs nur das Recht der klagenden Bitte, der unvorgreiflichen Rathgebung und beseitige mit einem Schlage den ganzen täuschenden Flitter einer dem Volke zum Schein gewährten beschließenden Gewalt über seine eigenen Angelegenheiten. Oder man bekenne sich aufrichtig zu dem Glauben an die Unfehlbarkeit des nach längern Zwischenräumen wiederholentlich mit sich selbst zu Rathe gehenden Nationalwillens und befreie ihn von dem in den Weg gelegten Hemmniß einer fremdartigen Souverainetät, die mit der Plötzlichkeit eines deus ex machina alle, aus dem Volksleben hinaus sich entspinnenden Fäden der Entwickelung zu durchreißen im Stande ist.

Kann man aber bei gesunden Sinnen es leugnen, daß in der productiv schaffenden, in der rastlos thätigen, unter Wunsch und Hoffnung, unter Bedürfniß und Sehnsucht, unter Genuß und Entbehrung von Tag zu Tag sich fortarbeitenden gesellschaftlichen Masse, daß in dem Volke die Wurzel und der Springquell alles staatlichen Daseins beruhe? Das Volk freilich erscheint auf den ersten Blick nur als ein chaotischer Haufen, als ein wimmelndes Durcheinander von Meinungen und Bestrebungen. Und doch geht ein einheitlicher Zug durch das Ganze, eine bleibende Physiognomie liegt dem wechselnden Mienenspiel zu Grunde; sie wartet nur auf die weise Kunst der Auslegung, welche die flüchtig sich kund gebenden Regungen zu deuten, die vereinzelten Aeußerungen in einem Brennpunkte zusammenzufassen, das Widerstreitende auszugleichen, das Verträgliche unter richtiger Vertheilung und Anordnung nach dem Maaß der innern Gewichtigkeit abzustufen und zu einem festgegliederten Bau zusammenzufügen vermag. Diese anordnende Weisheit verlangt das Volk von seinen Vertretern und wird sie sicher bei ihnen finden, wenn erst ein längeres Verweilen in der Oeffentlichkeit des politischen Lebens ihm den Blick wird geschärft haben, um jedesmal für das vom Volk zu beschickende Parlament die geeignetsten Wahlen zu treffen. Aber nicht das Parlament allein ist Vertreter des Volks; auch die Regierung hat, wenn sie das erfüllen will, was ihre natürliche Aufgabe ist und sein muß, nur das Eine Ziel: für das Volkswohl im Sinne des im Volke herrschenden Geistes einzustehen und vorzutreten. Die Volksvertretung ist weder im Parlament allein, noch in der Regierung allein vollständig erschöpft; erst beide im Verein umspannen den ganzen Umfang der Repräsentation. Parlament und Regierung vertreten das Volk mit gleicher innerer Nothwendigkeit, mit gleicher Berechtigung, aber nicht auf gleiche Weise. Die Regierung bildet einen permanenten, der unmittelbaren Berührung mit dem Volke entrückten, Träger der Volksinteressen, der immer dahin strebt, aus einem mehr theoretischen Gesichtspunkte unter beständigem Anknüpfen der Gegenwart an das Vergangene die Vorkommnisse zu betrachten; das Parlament dagegen, als ein mitten aus der Bürgerlichkeit für eine bloß kurze Dauer auftauchende, in ihrer Zusammensetzung wechselnde Körperschaft wird ihrer Nation nach mehr den augenblicklichen Rücksichten, den Forderungen des praktischen Bedürfnisses ihre Zustimmung geben. Parlament und Regierung stehen einander mit gleicher Berechtigung neben geordnet; kein Theil kann unmittelbar vom andern bindende Vorschriften empfangen; denn beide sind mit einem gleichwerthigen Mandat desselben Vollmachtgebers versehen. Und doch treten bei der Verschiedenheit der in der Regierung und im Parlament vorherrschenden Grundstimmung so leicht Collisionen ein, welche durch eine gütliche Beilegung und Vermittelung von Seiten der Consultirenden selbst sich nicht beseitigen lassen.

Tritt bei dieser zwiefachen Vertretung des Nationalwillens eine auf anderem Wege nicht auszugleichende Divergenz der Ansichten zwischen der einen und der andern Seite hervor, so ist die Gelegenheit da, von der zwiespaltigen Vertretung zurückzugehen auf den einheitlichen Quell der Staatsgewalten, an das Volk zu appelliren, daß es selbst sich ausspreche und seine Willensmeinung kund gebe. Der formelle Akt, durch welchen das Volk seine Stimme laut vernehmlich werden läßt, besteht in der Wahl eines neuen Parlaments, aus dessen Zusammensetzung der Geist zu erkennen ist, in welchem das Volk seine Angelegenheiten geleitet wissen will. Nach dem konstitutionellen Prinzip steht es den Regierungen zu, bei Conflikten zwischen ihr und dem Parlament das Volk zu einem Kammerwechsel aufzufordern. Steht die Majorität des Volkes auf Seiten der Regierung, so wird mit der Personenänderung auch der Charakter des neuen Parlaments dem entsprechend einen Wechsel erleiden. War dagegen das Volk mit seinem Parlament zufriedener als mit der Regierung, so wird die neue Kammer von dem unveränderten Geist der frühern Versammlung wiederum beseelt sein und einen Ministerwechsel herbeiführen. Das Volk selbst wechselt also, wenn auch nur auf indirektem Wege, die Seite seiner Vertretung, welche ihm mißfällig geworden, welche sein Vertrauen zu besitzen aufgehört hat. Aber nicht jeder Conflikt erzeugt eine so tiefe Zerklustung, daß ein vollständiger Bruch zwischen Parlament und Regierung die nothwendige Folge wäre. Anstatt des heroischen Mittels eines Kammer- oder Ministerwechsels braucht oft nur die mildere Form der vorläufigen Suspendirung eines Beschlusses angewendet zu werden, bis das Volk bei der Wiederkehr der regelmäßigen Parlamentswahl seinen Sinn in der fraglichen Angelegenheit zu erkennen giebt. Wenn verlangt wird, daß nach einer bestimmten Zahl von Suspendirungen der wiederholte Beschluß des Parlaments endgiltige Gesetzeskraft erhalte, so ist damit nicht gemeint, daß das Parlament der Regierung gegenüber ein größeres Maaß konstitutioneller Gewalt auszuüben hätte. Es wird dadurch nur das zugegeben, daß mittelst der beweglichen Lettern des Parlaments nach mehrmaliger Emendirung der richtigste Abdruck des Volkswillens erzielt worden, nach welchem der stereotype Satz des Regierungssystems sich die Ausmerzung gewisser mit der Zeit an ihm entdeckter Abweichungen vom Urtext muß gefallen lassen. Das suspensive Veto legt die endgiltige Entscheidung nicht in die Hände der einzelnen Körperschaften des Parlaments, sondern des gesammten Volks, das im Parlament den mehrfach revidirten Sinn seiner eigentlichen Willensmeinung zu erkennen giebt; das absolute Veto führt uns unter dem täuschenden Schein der Selbstbestimmung allmälig langsam doch wieder in die Zeiten zurück, wo ausschließlich der Wink des Herrschers dem Staatsleben die Richtung vorschrieb und das Volk nur als Folie dazu sein schien, den selbstgefälligen Glanz des Thrones noch zu erhöhen.

Samter, den 30. Januar. Die Wahl der Wahlmänner für die erste Kammer ist hier zu Gunsten der Deutschen ausgefallen. Es sind der O.-L.-G.-Assessor Ziegert und der Pächter Theodor Pätzelt zu Dalne gewählt worden. Die Polen, als sie sahen, daß sie sich in der Minorität befanden, verließen den Saal und legten Protest gegen den ganzen Wahlakt ein, was ihnen natürlich gar nichts half.

Halle, den 27. Jan. Die Universität hat heute eine ihrer Celebritäten durch den Tod verloren; Professor Wegscheider, der treue Gesinnungsgenosse von Gesenius und Paulus, ist in der vorigen Nacht im zurückgelegten 77. Lebensjahre selig entschlafen. Seit 1810, in welchem Jahre er unter Westphälischer Regierung von der aufgehobenen Universität Rinteln als ordentlicher Professor der Theologie versetzt wurde, der hiesigen Universität angehörend, ist mit ihm eines der ältesten Mitglieder der Hochschule hingeschieden, an welcher er unausgesetzt bis wenige Tage vor seinem Tode als akademischer Lehrer thätig war. Welchen entschiedenen Einfluß er als solcher im Vereine mit Gesenius in früherer Zeit ausgeübt, ist eben so bekannt, als die bedeutungsvolle Stelle, welche seinen zahlreichen Schriften, besonders seinen institutiones theologiae christianae dogmaticae in der Geschichte der theologischen Wissenschaften immer zugesprochen werden wird Die offenbare Mißachtung, welche er für seine rationalistische Richtung von Seiten des früheren Ministeriums zu erfahren hatte, eine Mißachtung, welche sich besonders bei Gelegenheit seines vor 2 Jahren gefeierten 50jährigen Doktor-Jubiläums auf eine so unzarte Weise zu erkennen gab, wurde von ihm mit dem größten Gleichmuthe ertragen. Um so unvergeßlicher wird seine stille, anspruchslose Persönlichkeit allen näheren Bekannten und sonstigen Zuhörern bleiben. (D. R.)

Düsseldorf, den 27. Jan. In Folge Eindringens des Polizei-Inspektors v. Faldern in eine Versammlung der Wahlmänner haben mehrere Wahlmänner denselben bei dem Königlichen Ober-Prokurator denuncirt und seine Bestrafung verlangt. Auch der Regierung ist von dem Vorfalle unter dem Anheimgeben Anzeige gemacht worden, ob die fernere Amtsthätigkeit des Herrn Polizei-Inspektors noch rathsam sei.

Frankfurt a. M., den 26. Januar. 159ste Sitzung der verfassunggebenden Reichs-Versammlung. Tagesordnung: Berathung des vom Verfassungs-Ausschusse vorgelegten Entwurfs „der Reichsrath", Artikel I §. 1—6.

Präsident Simson eröffnet die Sitzung $9\frac{3}{4}$ Uhr Vormittags.

Herr Wurm aus Hamburg bringt den dringenden Antrag ein, daß sämmtliche Ausschüsse über die ihnen mitgetheilten Einläufe raschen und übersichtlichen Bericht erstatten möchten. Namentlich sind es die in Bezug auf die Oberhauptsfrage eingehenden Anträge, deren stete Kenntnißnahme Herr Wurm für die Versammlung für erforderlich hält. Schließlich wird dieser Antrag von der Versammlung zum Beschluß erhoben.

Schütz aus Mainz eröffnet die eigentliche Debatte, indem er sich gegen die Anstalt des Reichsraths im Ganzen erklärt. Durch denselben werde das monarchische Prinzip ungebührlich vor den demokratischen Elementen begünstigt und das werde sie rächen. — Der alte Jahn aus Freiburg a. d. Unstrut erklärt sich in seiner originellen Weise entschieden für den Reichsrath. Solle Deutschland fest und mächtig werden, wolle man die dynastischen Sonderinteressen schwächen, dann müsse jede Dynastie, auch die kleinste, im Reichsrathe ihre Vertretung finden. Nur in diesem Falle werde man offene Leute haben und dadurch Schutz und Stärke, sonst nur nach wie vor im Geheimen wühlende Diplomaten. — Buß aus Freiburg hält den Reichsrath für unnöthig, wenn das Staatenhaus bei der zweiten Lesung einige Veränderungen erleide. — Karl Welcker hinwieder glaubt nicht an eine so große Umgestaltung des Staatenhauses und ist der Meinung, der Reichsrath sei, um einen gesunden organischen Bundesstaat zu bilden, wenn auch nicht etwas unbedingt Nothwendiges, so doch ein kaum aufzugebendes und durchaus nützliches Glied. — Nach dem Schlusse der allgemeinen Besprechung tritt für den Ausschuß G. Beseler auf. Schüler von Jena erklärt sich für sich und seine Genossen von der Minderheit des Verfassungs-Ausschusses gegen die Anstalt des Reichsrathes überhaupt. Im Sinne dieser Minderheit ist der nachfolgende Antrag Herrn Wigard's gestellt:

„Die National-Versammlung wolle beschließen, das von der Mehrheit des Verfassungs-Ausschusses vorgeschlagene Institut eines Reichsraths in das Verfassungswerk nicht aufzunehmen" —

über welchen durch Namensaufruf abgestimmt wird. Mit 211 gegen 200 Stimmen verworfen. Eine Erklärung aus dem Centrum besagt indessen, daß die Unterzeichneten für die Anstalt des Reichsraths nur gestimmt haben in der Voraussetzung, daß die Erblichkeit der Reichsoberhaupts-Würde bei der zweiten Lesung zum Beschluß erhoben werde.

Bei der Abstimmung über die einzelnen Paragraphen stellt sich folgendes Ergebniß heraus. Angenommen wird die erste Bestimmung des §. 1.: „Der Reichsrath besteht aus Bevollmächtigten der Deutschen Staaten." Verworfen wird hingegen der fernere Vorschlag sowohl der Ausschußmehrheit, als der Ausschußminderheit, worauf der nachstehende Antrag von Arndts, Graf, Edel ꝛc. zur Abstimmung kommt: „Preußen, Oesterreich, Baiern, Sachsen, Hannover, Württemberg und Baden ernennen dazu je ein Mitglied. Das achte die drei Hessen. Das neunte Nassau, Luxemburg, Limburg und Braunschweig. Das zehnte Schleswig-Holstein, Lauenburg, beide Mecklenburg und Oldenburg. Das eilfte die Thüringischen Fürstenthümer, Anhalt, die beiden Lippe, Waldeck, (Hohenzollern, Lichtenstein). Das zwölfte die vier freien Städte." Wird gleichfalls verworfen mit 206 gegen 204 Stimmen.

Der dritte Absatz von §. 1. dagegen: „Die Ernennung der Mitglieder des Reichsraths geschieht durch die Regierungen der betreffenden Staaten und Staatsverbände —" wird angenommen. Desgleichen:

§. 2. „Der Reichsrath bildet ein begutachtendes Kollegium. Derselbe tritt am Sitze der Reichsregierung zusammen.

Den Vorsitz im Reichsrathe führt der Bevollmächtigte des größten Deutschen Staates, dessen Regent nicht das Oberhaupt ist.

§. 3. Die Beschlüsse des Reichsrathes werden durch Stimmenmehrheit gefaßt.

§. 4. Die Reichsminister sind berechtigt, den Sitzungen des Reichsrathes beizuwohnen oder sich in denselben durch Kommissarien vertreten zu lassen.

§. 5. Dem Reichsrathe sind die Gesetzentwürfe, welche die Reichsregierung bei dem Reichstage einbringen will, zur Begutachtung vorzulegen. Der Reichsrath hat sein Gutachten binnen einer jedesmal von der Reichsregierung zu bestimmenden Frist zu erstatten. Wird diese Frist nicht eingehalten, so ist die Reichsregierung hierdurch an dem Einbringen des Gesetzentwurfs bei dem Reichstage nicht behindert.

§. 6. Die Reichsregierung ist befugt, in allen Fällen, in welchen es ihr angemessen erscheint, das Gutachten des Reichsrathes einzuziehen."

Hiermit ist die Berathung über den Abschnitt vom „Reichsrathe" beschlossen.

Herr Ludwig Simon stellt den dringenden Antrag, die National-Versammlung möge die Aufhebung der wider Herrn Temme verhängten Haft verfügen. Der Antrag wird als ein dringlicher erkannt, worauf Herr Simon zur Begründung desselben das Wort ergreift. Thatsache sei, daß Temme in die Reichsversammlung erwählt worden, und daß er verhaftet sei. Das genüge, um einen Beschluß zu fassen, damit Herr Temme in die Lage gesetzt werde, hierher zu kommen und seinen Platz in der Paulskirche einzunehmen. — Staatssekretair Herr Bassermann theilt mit, daß der Preußische Bevollmächtigte auf Anregung des Reichs-Ministeriums

die beschleunigte Vorlage der Herrn Temme betreffenden Akten zugesagt.

Herr G. Beseler beklagt mit dem ganzen Hause die in Preußen gegen die Mitglieder der Berliner Versammlung verhängten Verfolgungen. Allein juristisch hält er das Haus noch nicht für hinlänglich unterrichtet und berechtigt zu einer Entscheidung. Er räth über Herrn Simon's Antrag Uebergang zur motivirten Tagesordnung.

Herr Vogt von Gießen: So wie die Sachen stehen, liegt Alles daran, daß die Preußische Regierung die Wahl-Legitimation Temme's einsende. Wir müssen unsere Mittel aufbieten, diese Einsendung zu beschleunigen oder zu erzwingen. Herr Simon von Trier bemerkt, daß Temme's Wahl schon am 8. d. M. stattgefunden. Die seither vergangene Zeit würde für pflichtgetreue Behörden wohl ausgereicht haben, um ein Aktenstück von Neuß über Koblenz hierher einzusenden. Das Gesetz zum Schutz der Nationalversammlung sei in Preußen verkündet, mithin stehe einer Verfügung des Hauses kein Hinderniß entgegen. Der Reichs-Justizminister Herr Rob. von Mohl räth jedoch der Versammlung, eine Freilassung des Herrn Temme, ohne Einsicht in die Akten, heute noch nicht auszusprechen. Sie solle sich begnügen, die beschleunigte Vorlage der Wahlakten zu beantragen.

Unter Ablehnung der Anträge Simon's und Beseler's erhebt die Versammlung diesen Antrag von Rob. Mohl zum Beschlusse. Die nächste Sitzung findet Montag den 29. Januar statt. Die Zusammensetzung ihrer Tagesordnung bleibt dem Präsidenten vorbehalten.

Frankfurt, den 27. Jan. Den Vorsteherinnen des Vereins, welche die Ehre hatten, den von vielen hiesigen Frauen und Jungfrauen verfertigten Teppich Sr. Kaiserl. Hoheit dem Erzherzog Johann Reichsverweser zu überreichen, ist so eben nachfolgendes Schreiben zugekommen, welches sie sich zur angenehmen Pflicht machen, ihren Mitbürgerinnen mitzutheilen:

„Ich habe mit gerührtem Herzen die schöne und sinnige Gabe empfangen, die sie mir bei Gelegenheit meines Geburtstages im Namen Ihrer Mitbürgerinnen dargereicht haben. Diese von Deutschen Frauen und Jungfrauen ausgeführte herrliche Arbeit liefert den Beweis, was gemeinsames Zusammenwirken zu leisten vermag. Es wird für die spätesten Tage meines Lebens ein theures Andenken an meinen Aufenthalt in dem schönen Frankfurt und eine sprechende Erinnerung an die Zeit verbleiben, wo neue Hoffnungen uns Alle belebten, wo der Wunsch, für des Vaterlandes Einigkeit und Kraft im Vereine mit dessen Vertretern zu wirken, dieses Streben mit Erfolg gekrönt zu sehen, mich nach der alten Krönungsstadt geführt hatte. Drücken Sie — ich bitte Sie darum — denen Frauen und Jungfrauen Frankfurts, die im Vereine mit Ihnen dieses schöne Werk mit dem Bilde unserer Germania geschaffen, meinen herzlichen Dank aus. Sagen Sie denselben, daß dieses Sinnbild Deutschlands, nach seinem vollen Werthe gewürdiget, im Süden unseres gemeinsamen Vaterlandes, wo der kräftigen Alpensöhne biedere Herzen warm und treu für dessen Ruhm und Glück schlagen, aufbewahrt bleiben wird. Ein werthes Zeichen der Anerkennung redlichen Willens und uneigennütziger Bestrebungen, bleibt es für mich und meine Nachkommen ein theures Pfand der Gesinnungen Deutscher Frauen. Ihr aufrichtigster Johann. Frankfurt, den 23. Januar 1849."

— Gestern Abend ist der Preußische Gesandte am Hofe von St. James, Hr. Bunsen, von Berlin hier angekommen. Bekanntlich ist der ausgezeichnete Staatsmann von einem Schleswigschen Wahlbezirke zum Abgeordneten der Reichsversammlung gewählt worden, hat aber bisher seinen Sitz noch nicht eingenommen, weil er, der einen so wichtigen Antheil an den Waffenstillstandsverhandlungen des vorigen Sommers genommen hatte, nicht füglich den Wunsch hegen konnte, früher als nach ausgemachtem Streite mit Dänemark in der Versammlung zu erscheinen. Auch jetzt ist es die Dänische Frage, über welche Herr Bunsen mit dem Reichsministerium und, wie man meint, auch mit seinen Collegen aus Schleswig-Holstein Verabredungen treffen wird. — Es verlautet noch nichts darüber, ob Herr Bunsen auch die mehrfach erwähnte Circularnote des Preußischen Cabinets, deren Zustandekommen er während seines Aufenthalts in Berlin wesentlich befördert haben soll, überreicht habe; jedenfalls wird die Veröffentlichung derselben nicht ohne Einfluß auf die Stellung der Parteien in der Versammlung sein. — Die Majorität von 211 gegen 200 Stimmen, die, gegen den Wigard'schen Antrag, die Organisation eines Reichsraths als einer verfassungsmäßigen Institution, aufrecht erhalten hat, ist wesentlich anders zusammengesetzt als die Mehrheit von 214, die für den Kaisertitel gestimmt haben. Die Nothwendigkeit, den Einzelstaaten auch einen Antheil an der Executivgewalt zu gestatten, und diesen Antheil, um ihn nicht ausarten zu lassen, verfassungsmäßig zu begrenzen, ist, wenn wir nicht irren, zuerst von Bunsen in seiner Schrift über die Verfassung Deutschlands schlagend dargethan worden. Die Gegner des Reichsraths, die fast unter allen Parteien zerstreut sind, finden, daß hierdurch auf die Particularinteressen ein zu großer Nachdruck gelegt werde; sie scheinen aber zu vergessen, daß diese Interessen, in der Wirklichkeit vorhanden, sich auch ohnedies geltend machen, aber auf eine minder offene, durch die Verfassung nicht vorgesehene und vorher bestimmte Weise. Fast alle baierische Deputirte, die in der letztern Zeit mit der Opposition sich geeinigt hatten, haben denn auch, wie zu erwarten war, für die Begründung des Reichsraths gestimmt.

München, den 22. Januar. Heut Mittag wurden die Kammern unter dem üblichen Ceremoniell durch den König eröffnet. Die Thronrede, die eine Reihe von Gesetzentwürfen, welche den Kammern vorgelegt werden sollen, aufzählt, schließt: Treu und gewissenhaft habe Ich die bei Meiner Thronbesteigung ertheilten Verheißungen gehalten und werde sie halten, als konstitutioneller König im Geiste und Sinne der Verfassung regieren: diese ist der Grundbau, der Boden, auf dem Wir stehen, den Wir nicht verlassen dürfen. Wahrheit wird die Grundlage meiner Regierung sein und bleiben. Recht und gesetzmäßige Freiheit soll herrschen im Gebiete des Staates wie der Kirche. Die Anarchie werde ich mit aller Kraft bekämpfen und zähle dabei auf Ihre Mitwirkung. Alle Deutschen Stämme bewegt der Drang nach einer lebenskräftigen, das gesammte Deutschland umfassenden Einigung. Auch Mich beseelt dieses Streben, und vereint mit Ihnen hoffe Ich das schöne Ziel zu erreichen. Die nothwendig werdenden neuen Gesetze und Verfassungsabänderungen sollen an Sie gelangen. Baiern konnte nicht unberührt bleiben von den Stürmen der Zeit: auch in diesen gab es rühmliches Zeugniß seiner ehrenhaften, biedern, treuen Gesinnung. Möge der Allmächtige auch ferner schirmend seine Hand über Uns ausstrecken, dem Könige wie dem Volke seinen Willen erkennen lassen und den Weg, der allein zu dauerndem Heile und Segen führt."

Baden-Baden, den 23. Jan. Die hier erscheinende „Badezeitung" bringt unter ihren Inseraten folgende Bekanntmachung: „Auf dem Rathhause liegen Petitionen der Einwohnerschaft an die Deutsche Reichsversammlung, an die Badische zweite Kammer und an die Großherzoglich Badische Regierung um Aufschiebung der von der Reichsversammlung beschlossenen Aufhebung der Spielbanken auf wenigstens ein Jahr zur Unterschrift drei Tage offen. Baden, den 21. Jan. 1849. Bürgermeisteramt."

Freiburg, den 24 Jan. Die Untersuchungen gegen die politischen Verbrechen sind nunmehr beinahe überall beendet. Mehrere Untersuchungsrichter haben ihre Geschäfte bereits ganz vollendet und sind in ihre Heimath zurückgereist; fast alle Andern werden ihnen gegen Ende dieser Woche folgen, und nur Einer und der Andere dürfte noch kurze Zeit länger zu thun haben. Die Vorbereitungen zu den gerichtlichen Verhandlungen werden dem entsprechend nach Kräften gefördert, und dürften die letzteren wohl um die Mitte des folgenden Monats eröffnet werden. Der Recurs, den Struve gegen seine Versetzung in Anklagezustand ergriffen hatte, ist vor einigen Tagen verworfen worden.

Mainz, den 24. Jan. Von hier wird der „Darmst. Ztg." geschrieben: Das 35. Preuß. Infanterieregiment, welches bereits über 32 Jahre hier in Garnison ist, soll, wie man sagt, zur Strafe für ein Subordinationsvergehen gegen einen seiner Staabsoffiziere nach Luxemburg verlegt werden und am 26. d. M. dahin abmarschiren.

Wien, den 26. Januar. Der stürmischen Witterung ist eine überaus heitere und trockene gefolgt. Der Orkan hat viele Gebäude beschädigt; von großen und bekannten wurden die Dächer ganz oder größtentheils abgerissen unter andern von der Augustiner- und Minoritenkirche, dem Rothschildschen Hause in der Renngasse, der Ingenieur-Akademie, der Alserkaserne, dem allgemeinen Krankenhause, dem Armenhause in der Leopoldstadt, dem Josephstädter Theater, dem Nordbahnhofe, der Dampfmühle, der Speckerschen Maschinenwerkstätte. Von schweren Menschenverletzungen sind bisher 10 bis 12 bekannt geworden. — Nach der einstimmigen Aussage vieler Personen wurde vorgestern Abends, ungefähr um ½9 Uhr, gleichzeitig mit dem furchtbaren Orkane ein ziemlich bedeutendes Erdbeben verspürt. — Das Ministerium ist dem Vernehmen nach mit einer neuen Territorial-Eintheilung der Oesterreichischen Provinzen beschäftigt. Dabei soll nach dem Muster Frankreichs vorgegangen werden. — So abenteuerlich die Nachricht der Beschießung Venedigs aus Luftballons klingt, so erhält sie doch ihre Bestätigung, und es sollen sogar die mit Bomben in Treviso gemachten Versuche gelungen sein.

— Bei den vielen Gräuelthaten, die den Krieg in Ungarn charakterisiren, treten schöne Züge um so mehr hervor. Die bekannte grausame Ermordung einer Truppe gefangener Kroaten in Güns gab zu nachstehender tragischen Episode Anlaß. Unter der die Gefangenen bewachenden Honved-Eskorte befanden sich 2 Israeliten, die beim Herannahen der Rotte sich vor die Gefangenen stellten, um das bedrohte Leben derselben mit ihrem Blute zu vertheidigen. Der eine dieser heldenmüthigen jungen Leute fiel sogleich als Opfer seiner Hingebung, der andere wurde mit neun Wunden bedeckt für todt liegen gelassen, als er aber dennoch Lebenszeichen äußerte, von dem dortigen Kerkermeister in eine Kammer gesperrt. Hier blieb er aus Versehen anderthalb Tage ohne alle Pflege. Man erinnerte sich seiner endlich und er befindet sich jetzt im Spital zu Güns in ärztlicher Behandlung. — Die k. k. Truppen sind in Essegg bereits eingerückt.

Pesth, den 22. Januar. Perczel riß sich von Kossuth los und Einer erklärte den Andern für vogelfrei. Eine zusammengesetzte Division unter FML. Schulzig ging den 19. über Gyöngyös nach Tokai ab, um sich mit Schlick zu verbinden. Nugent steht in Kanischa; Dahlen marschirt gegen Szombor; Horvath's Streifkorps hat Vesprim und Weißenburg besetzt; die Jäger streifen im Bakonyer Wald; die Brigade Ottinger hat Szolnok und St Miklos besetzt; Simonich steht mit Schlick in schönster Verbindung; Meßaros's Corps ist unsichtbar geworden. Im Banate geht es rasch vorwärts und in Siebenbürgen dürfte Bem kaum der gelegten Falle entkommen; FML. Malkowski und der Bukowiner Landsturm erwarten mit Ungeduld Bem's Vorrücken, wo er dann sicher nach Rußland hinausgedrückt wird. — Es fehlt also nur noch Debreczin und Großwardein und dies wird, wenn die Wege nur ein wenig günstig sind, nicht lange brauchen.

Von der Oesterreichischen Grenze, den 25. Jan. In Klausenburg herrscht wieder das Magyarische Schreckenssystem. Der Polnische General Bem, welcher eine Proklamation erlassen hat, des Inhalts, daß er die Ruhe und den Frieden in Siebenbürgen herzustellen gekommen sei, hat bereits den Beweis damit geliefert, daß er 17 Individuen aufknüpfen ließ. N. Enyed ist von unsern Truppen wegen Mangel an Lebensmitteln verlassen worden.

(Sieb. B.)

— Die „Presse" vom 23. Jan. schreibt aus Semlin: Die Türkische Regierung zeigt die freundlichsten Gesinnungen gegen Oesterreich; da die Militairgrenze jetzt von Truppen ganz entblößt ist, so hat dieselbe das Standrecht gegen jeden Raub, der von ihren Unterthanen auf Oesterreichischem Gebiete verübt werden sollte, proclamirt.

Ausland.

Frankreich.

Paris, den 27. Jan. Nationalversammlung. Sitzung vom 26. Januar. Anfang 2½ Uhr. Präsident Marrast. Gleich nach Protokollverlesung beginnt dieselbe Petitionsüberreichung wie gestern und vorgestern. Bugeaud deponirt neue Bittschriften für die Auflösung der Versammlung. Sie erregen einige Agitation. Baraguay d'Hilliers überreicht eine Petition im gleichen Sinne. Ledru Rollin legt eine Petition im Gegensinne aus dem Indre- und Loire-Departement vor, mit 3000 Unterschriften. (Ah! Ah!) Baze desgleichen, aber für die Auflösung nach Votirung des Wahlgesetzes. (Allgemeine Heiterkeit.) Leon Faucher, Minister des Innern, besteigt die Tribüne und verliest einen Gesetzentwurf gegen die Klubs. Darin heißt es: 1) Die Klubs sind untersagt. 2) In Contraventionsfällen trifft die Zuwiderhandelnden eine Strafe von 100 bis 500 Fr. 3) Jeden, der sein Lokal dazu leiht, trifft dieselbe Strafe. 4) Das Gesetz vom 28. Juli 1848 ist abgeschafft. Der Minister verlangt Dringlichkeit. Sobald der Minister ausgesprochen, eilt Gent mit Hast auf die Tribüne. „Ich protestire", ruft er mit durchdringender Stimme, „gegen die Dringlichkeitserklärung. Man verlangt von Ihnen die Vernichtung der ersten Freiheitsbedingung, welche uns die Verfassung gewährleistet, nämlich die Vernichtung des Vereinsrechts! Ich dachte nicht, daß man die Kühnheit haben würde, uns so etwas..... (Stimmen: Zur Ordnung! Zur Ordnung! ersticken seinen Protest.) Marrast: Erklären Sie sich. (Stimme rechts: Zur Ordnung! Zur Ordnung!) Gent: Wenn man mich zur Ordnung ruft, so freut mich dies, denn es verschafft mir Gelegenheit, mich über den Ordnungsruf offen zu erklären..... (Tumult.) Marrast: Die Art, wie Sie sich ausdrücken, liegt außer aller Schicklichkeit. Ich rufe Sie zur Ordnung. (Beifall zur Rechten. Protestation zur Linken.) Gent: Sie verletzen, Sie zertrümmern die Verfassung. (Oh! oh! Tumult. Zur Ordnung! Zur Ordnung.) Ich kann mich solchen Handlungen nicht beigesellen." (Neuer Sturm. Beifall zur Linken. Der Redner tritt ab.) Marrast: „Die Versammlung hat zu entscheiden, ob die Sache dringlich. Ich bringe also die Dringlichkeitsfrage zur Abstimmung." Die Dringlichkeit wird ausgesprochen. Marrast: „Ich schlage vor, morgen den Bericht über das Klubgesetz abzustatten." Wird ebenfalls angenommen. Nach einiger Aufregung kehrt die Versammlung zum 5ten Abschnitt der Staatsraths-Organisation zurück. Die Artikel 30 bis 50, von den Prozedurformen handelnd, gehen nach Debatten zwischen Parrien, Cremieux, Isambert, Bauchart und Odilon Barrot durch. Die Diskussion wird beim Artikel 50 des Entwurfes abgebrochen und die Sitzung um 6¼ Uhr geschlossen.

— Von 1 Uhr an umgeben starke Militairkräfte das Gebäude. In den Abtheilungs- oder Büreausälen herrscht große Agitation, denn man hört, daß 10—15,000 Studenten und Proletarier dem Sitzungssaale zuströmen, um gegen Lherminier zu protestiren. Gegen 2 Uhr bilden sich im Saale selbst starke Gruppen, worin der Gesetzentwurf gegen die Klubs und politischen Gesellschaften verhandelt wird. Achtzig Mitglieder der äußersten Linken haben einen Anklage-Akt gegen das Ministerium entworfen, den 165 Marrastianer mit unterschrieben. Ferner hört man, daß von 15 gewählten Kommissionsmitgliedern sich 11 gegen das Klubgesetz ausgesprochen. Unter solchen Auspicien eröffnete Marrast um 2½ Uhr die Sitzung. Das Protokoll wird vorgelesen. Gent und Lagrange überreichen Petitionen gegen die Auflösung der Nationalversammlung. Martin Bernard (ebenfalls vom Berge) überreicht dem Präsidenten eine mit zahlreichen Unterschriften bedeckte Petition und respektive Protestation der Studenten gegen die Vorträge Lherminier's und gegen die militairische Intervention vom heutigen Tage. (Ah! Ah! Aufsehen). Die Versammlung geht zur Tagesordnung, nämlich zur Staatsraths Debatte, über. Niemand leiht aber dem Artikel 50, bis wohin sie gestern vorgerückt, viele Aufmerksamkeit, denn Alles sieht dem Augenblicke entgegen, wo die Kommission zur Begutachtung des Klubgesetzes im Saale erscheinen wird. Mit Artikel 66 ist das Gesetz beendigt. Der Präsident bringt dasselbe zur Abstimmung. Das ganze Gesetz wird angenommen, und zwar mit 423 gegen 364 Stimmen. Die dritte Berathung soll in 5 Tagen erfolgen. Marrast: „Ich erhalte so eben einen Antrag vom Prokurator der Republik auf Genehmigung zur gerichtlichen Verfolgung des Deputirten Proudhon als Verfasser der Artikel in Nr. 69 und 70 des Journals Le Peuple, welche Angriffe gegen die Person des Präsidenten (Oh! Oh!) und Aufreizung zum Bürgerkriege enthalten. Die Büreaus haben sich also am Montag hierüber auszusprechen." Proudhon (Sensation): „Ich nehme nicht das Wort, um gegen den Antrag des Prokurators zu protestiren. Diese Maßregeln sind nur Vorläufer anderer Pläne, die man jetzt noch verborgen hält. (Lärm.) Ich erkläre hiermit, daß ich in jenen Artikeln eine neue Frage vor die Augen des Landes zu legen beabsichtigte, nämlich die Verantwortlichkeit und Unantastbarkeit des Präsidenten. (Lärm.) Auf diese verfassungsmäßige Polemik antwortet mir die Staatsanwaltschaft durch Confiscation und Kriminal-Untersuchung. Ich werde mich hierüber vor meinem Büreau, vor der niederzusetzenden Kommission und vor der gesammten Versammlung aussprechen." (Beifall zur Linken.) Fortoul's

Wahl wird geprüft und zugelassen. Um 6 Uhr besteigt Senard die Tribüne; er liest im Namen des Ausschusses das Gutachten über das Klubbgesetz vor. Derselbe verweigert die Dringlichkeit und weist den Vorschlag an die Büreaus. (Beifall zur Linken.) Odilon Barrot beruft sich auf die Gefahr der Klubs. Er beschwört die Versammlung wiederholt um Dringlichkeit und sieht keine Verfassungsverletzung darin. Um halb 7 Uhr, beim Schluß dieses Berichtes, war man noch zu keinem Resultat gekommen.

— An der Spanischen Gränze scheint es der Carlismus auf einen Schlag abgesehen zu haben. Dem Journ. des Débats wird aus Bayone geschrieben, daß am 13. Jan. ein Corps Carlisten, 600 Mann stark, in Spanien eingedrungen sei. Sie hatten mehrere Posten entwaffnet und besetzt.

— Der Minister des Innern hat ein Rundschreiben an alle Präfecten gerichtet, worin er ihnen dringend anempfiehlt, aufs thätigste die Bildung jeder Gesellschaft zu überwachen, welche etwa versuchen sollte, mit der in Paris unter dem Namen „Solidarité republicaine“ gegründeten Gesellschaft in Beziehung zu treten. Der Minister setzt hinzu, daß zwar das Local zu Paris, in welchem der Central-Verein seine Sitzungen hielt, geschlossen sei, daß er aber Ursache habe, zu glauben, daß die Gesellschaft darum nicht aufgehört habe, fortzubestehen, und daß es Filial-Vereine gebe. Die Versammlungen solle jeder Präfect in seinem Departement verhindern und nöthigenfalls sich mit der Justiz-Behörde verständigen. Der Minister dabei auf die Pünktlichkeit und Festigkeit der Präfecten.

— Hr. James Fazy aus Genf ist hier angekommen, hat mit dem Präsidenten eine Unterredung gehabt und Frankreichs Schutz gegen einen voraussichtlichen Einfall Oesterreichs in die Schweiz in Anspruch genommen. Hr. Fazy wurde vom Bürger Napoleon Bonaparte (Sohn Jerome's) bei Louis Napoleon eingeführt und von diesem so freundlich und wohlwollend aufgenommen, wie man das von dem gegenwärtigen Präsidenten einer neuen Republik dem ehemaligen Präsidenten einer alten Republik gegenüber nur erwarten konnte. Nach den gewöhnlichen Gesprächs-Präliminarien sagte Hr. Fazy, der Zweck seines Besuches sei, zu wissen, welche Politik der Präsident in der Italienischen Frage zu befolgen gesonnen, da bei einem bevorstehenden Ausbruch des Krieges zwischen den Piemontesen und den Oesterreichern die Schweiz ihre Freischaaren den ersteren zu Hülfe zu schicken beabsichtige. Der Präsident gab im Laufe der Unterredung lauter ausweichende Antworten: die Minister haben über die auswärtige Politik noch keine bestimmten Grundzüge entworfen; so lange die Conferenzen in Brüssel dauern, könne von einer bewaffneten Intervention in Italien keine Rede sein. Der schlimme Zustand der Finanzen sei überdies ein Hinderniß für Frankreich, in einen Krieg sich zu verwickeln. Hr. Fazy bekämpfte schrittweise, und weit weniger mit diplomatischer Feinheit als demokratischer Derbheit alle die ausweichenden Einwendungen und bemerkte hinsichtlich der letzteren, ein Land mit so reichen Hülfsquellen wie Frankreich könne der mißliche Stand seiner Finanzen nicht abhalten, eine nationale Politik zu verfolgen; er mache sich überdies anheischig, der französischen Regierung mehr als Einen Finanzplan vorzulegen, welcher ihr die Mittel zu einem mehrjährigen Kriege an die Hand gäbe. Louis Napoleon, wie es scheint, ganz entzückt, in dem ehemaligen Anführer der Freischaaren ein finanzielles Genie zu finden, das Frankreich aus seinen Verlegenheiten herausziehen könnte, erbat sich einen dieser Finanzplane, und Hr. Fazy verhieß, denselben morgen vorzulegen, zu welchem Zwecke ihn der Präsident mit Vergnügen zu empfangen versprach. Hiermit endete die erste Conferenz. Die zweite war viel kürzer und hatte nur zwischen Hrn. Fazy und dem Kammerdiener Louis Napoleon's Statt. Ersterer erschien nämlich zur bestimmten Stunde am andern Morgen, seinen rettenden Finanzplan in der Tasche, als sich zwischen ihm und dem Kammerdiener im Elisée Bourbon folgender Dialog entspann: „Ist der Prinz zu Hause?“ — „Nein, mein Herr!“ — „Das ist nicht möglich! drr Prinz hat mir für diese Stunde eine Audienz zugesagt.“ — „Nun ja, der Prinz ist wohl zu Hause, allein ich habe Befehl, Niemanden vorzulassen.“ — „Auch das ist ein Irrthum; überbringen Sie dem Prinzen meine Karte, und er wird mich empfangen.“ — Nach einer Minute kam der Kammärdiener zurück mit den Worten: „Mein Herr, der Prinz kann Sie jetzt unmöglich empfangen.“ — „Sagen Sie dem Prinzen, daß er in mir seine eigene Würde herabsetze, denn auch ich war Präsident einer Republik und bin noch heute Präsident eines souverainen Cantons.“ — In Folge dieser ihm überbrachten Worte schrieb Louis Napoleon Hrn. Fazy einen Brief, worin er ihm versicherte, daß ein unglückliches Mißverständniß allein die Schuld trage, wenn er ihn nicht empfangen habe, und ihn zugleich ersuchte, morgen ihn zu besuchen. Dem Ueberbringer des Schreibens Napoleon Bonaparte's gelang es nach vieler Mühe, dem vorgeblichen Mißverständnisse, woran Hr. Fazy nicht glauben wollte, da er seine Karte dem Präsidenten überschickt, Geltung zu verschaffen, und der Freischaaren-Häuptling machte einen zweiten Versuch, die Französische Republik zu einer gemeinschaftlichen Intervention zu veranlassen. Allein auch dieser Versuch war vergebens; denn kaum hatte bei der neuen Zusammenkunft Hr. Fazy daran gedacht, seinen mendizabalistischen Finanzplan auszukramen, als Louis Napoleon bemerkte, er habe über die Sache mit seinen Ministern und mehreren Notabilitäten der Kammer, Thiers, Molé u. s. w. gesprochen, die alle der Ansicht seien, Frankreich könne sich in keinen Krieg einlassen. Entrüstet über diesen Bescheid, nahm Hr. Fazy seinen Hut und schied mit den schrecklichen Worten: „Ich werde den unterdrückten Völkern Europa's sagen, daß sie auf Frankreichs Beistand nicht zählen können, daß auch die Republik die ihnen gemachten Versprechungen nicht halten werde.“ — So erzählt Hr. Fazy selbst das Ergebniß seiner Reise nach Paris. (K. Z)

Großbritanien und Irland.

London, den 26. Jan. Die Finanzreform-Agitation fängt an ihre erste Früchte zu tragen. Die Regierung selbst geht damit um, das Marinebudget um eine Million Pfund zu reduziren. Aber auch in andern Zweigen des Staatshaushalts gedenkt man Ersparnisse einzuführen, und wenn man auch dabei weit hinter den Forderungen der Reformer zurückbleibt, so zeigt man doch damit, welches Gewicht man den Bestrebungen derselben beimißt und welche Beachtung man ihnen schuldig zu sein glaubt.

— Man hat Nachrichten und Zeitungen vom Cap, die bis zum 21. Nov. reichen. Die Kolonien fangen an oder fahren fort, der Englischen Regierung manche Sorge zu machen. Während Kanada's Handel im Verfall ist und die Papineau'sche Partei in Unterkanada noch nicht aufgehört hat zu „wühlen“, während die westindischen Kolonien Klagen auf Klagen, Bittschriften auf Bittschriften an das Mutterland richten, während die Kammer von Jamaika mit dem Englischen Reichsparlament, die Pflanzer von Jamaika mit dem Kolonialministerium in London fast in erklärter Feindschaft leben, während im Indischen Fünfstrom-Land (dem Pendschab) ein gefahrvoller und kostspieliger Feldzug zu führen ist, hält man im Kaplande, namentlich in der Kapstadt selbst, Versammlungen, um gegen das Ansinnen des Mutterlandes, welches gebesserte Sträflinge nach dem Kaplande zu verpflanzen wünscht, die heftigsten Beschlüsse zu fassen. Man werde sich, wurde auf einem Meeting in der Kapstadt beschlossen, der Einführung von Sträflingen, unter welcher Form oder Bedingung sie auch versucht werden solle, mit allen nur möglichen Mitteln widersetzen. In Bezug hierauf äußert der „African Advertiser“, daß man im Kaplande weder Spitzbuben, noch Chartisten, noch Repealer haben wolle.

— Die Florenzer Alba vom 15. bestätigt die auch von anderer Seite gemeldete Nachricht von einem erfolglosen Attentat auf den König von Neapel und fügt hinzu, daß der Schuldige bereits verhaftet ist.

— Man findet nachgerade, daß über den Goldreichthum Californiens schon früher Winke gegeben worden, die aber damals unbeachtet blieben. Nicht blos ein Missionär soll im vorigen Jahrhundert aufmerksam darauf gemacht haben, sondern auch, wie der Examiner erwähnt, Pinkerton führt in einem Bericht über Francis Drake's Entdeckung eines Theils von Californien oder Neu-Albion, wie er es nannte, vor 250 Jahren folgende Aeußerung an, welche dieser berühmte Seefahrer oder dessen Caplan gethan habe: „Das Land ist so reich an Gold und Silber, daß, wenn man den Boden nur leicht mit einem Spaten oder einer Spitzhacke aufritzt, diese reichen Metalle mit der Erde gemischt zum Vorschein kommen.“ Die Presse läßt es übrigens nicht an Warnungen fehlen vor der „California Narrheit“, welche in England kaum minder als in Nordamerika um sich greift. Als sehr nützlich bezeichnet der Sun die Auswanderung arbeitsfähiger und arbeitslustiger Armen nach Australien, welchen Welttheil wenigstens bis in die letzte Zeit, die Englische Emigration vorzüglich ins Auge gefaßt hat. Punch ist voll guter und schlechter Witze über die californische Schatzgräberei, und findet es namentlich spaßhaft, daß die stupend frommen (nach unseres Rückert glücklichem Ausdruck „gottbesessenen“) Quäker und Methodisten Nordamerika's nach dieser „Gottesgabe“ so absonderliches Verlangen tragen. Uebrigens sollen unlängst auch an einigen Stellen Nieder- und Ober-Canada's reiche Goldadern entdeckt worden sein; dieß würde für jene Britische Colonie um so willkommener sein, als dieselbe — wenn anders nordamerikanischen Schilderungen zu trauen ist — sich dermalen finanziell wie politisch in der traurigsten Lage befindet. — Endlich bemerkt das Athenäum: „Weit wichtiger als die Entdeckung von Gold in Californien oder in Nord-Wales scheint uns die Auffindung von Kohlenlagern an der Magellan-Straße, aus denen der Admiralität Proben übermacht worden sind.“

— Ein außerordentlicher Gesandter Carl Albert's, Marquis Santi, ist hier eingetroffen. — Der Erbprinz von Parma und seine Gemahlin, Tochter der Herzogin von Berry, sind gestern im Windsorschlosse angelangt, wohin die Königin sie auf ein paar Tage eingeladen hat. — Die Conferenzen, welche der Nordamerikanische Gesandte gestern mit dem Schatzkanzler und dem Handelsminister hielt, hatten den Plan der Englischen Regierung, dem Parlament die Aufhebung der Schifffahrtsgesetze vorzuschlagen, zum Gegenstande. Schon früher hat unser Cabinet bei der Regierung zu Washington bezüglich der Gegenseitigkeitsmaßregeln angefragt, welche England natürlich von den übrigen Seemächten als Vergütung für die Vortheile, welche sie aus Aufhebung der Englischen Schifffahrtsgesetze ziehen werden, erwarten muß. — Das mit der Mexikanischen und Westindischen Post zu Southampton angelangte Dampfschiff „Tercot“ hat 1,163,250 Dollars in Baarem mitgebracht, wovon jedoch nur 25,263 zur Bezahlung eines Theiles der Zinsen der Mexikanischen Schuld bestimmt sind. — Die Güter Lord Suffield's, Pairs von England, wurden am Donnerstage dem öffentlichen Verkaufe ausgesetzt, es erfolgte aber kein angemessenes Gebot. Sie gewähren ein Einkommen von 10,000 Pfd. Sterl., mit dem jedoch der würdige Pair nicht auszukommen wußte.

— Am 14. Januar wurde der Lincoln's Inn in London — eines von den drei großen Innungshäusern in London, worin die ihren praktischen Cours machenden jungen Juristen wohnen — von einer Feuersbrunst betroffen, welche einen großen Theil dieses weitläufigen Gebäudes, das im Jahr 1666 gleich nach dem großen Brande von London erbaut ist, in Asche legte. Der Schaden wird zu 20,000 Pfd. St. geschätzt.

Schweiz.

Bern, den 20. Jan. Dem von Französischen Blättern verbreiteten Gerücht, als ob der Reise des Generals Dufour nach Paris ein politischer Zweck zu Grunde liege, wird aus gut unterrichteter Quelle widersprochen. Sein Aufenthalt daselbst hat, sicheren Vernehmen nach, keinen andern Grund als den, bei den dortigen Aerzten Rath und Hülfe zu suchen für ein Leiden, mit welchem der ehrenwerthe General schon seit längerer Zeit behaftet ist, und das in Folge der Strapazen des Sonderbundskrieges sich verschlimmert hat. Daß er nebenbei den Aufenthalt benutzt, um den Präsidenten der Republik zu besuchen, kann nicht auffallen, da er mit diesem schon seit langem in genauen Verbindungen stand.

Wallis. — Die Simplonstraße ist durch den Schnee ganz unwegsam geworden. Während 4 Tagen konnte kein Postwagen über den Berg gelangen. Die Häuser sind buchstäblich im Schnee begraben. Der Briefpostdienst wird durch Lastträger besorgt, welche sich tausend Gefahren aussetzen, indem sie das Brieffelleisen von einem Wirthshaus zum andern tragen. — Eine große Anzahl Arbeiter sind mit Wegräumung des Schnees von der Straße beschäftigt. (B. Z.)

Italien.

Rom, den 16. Jan. Die Gazetta Piemontese vom 20. Jan enthält ein Dekret wodurch König Karl Albert, auf Vorschlag des Ministers des Innern, eine Commission zur Vorbereitung eines neuen Gesetzes über die Nationalgarde ernennt; diese ist in dem Dekret als das Palladium der öffentlichen Freiheit bezeichnet. Die Anstände mit der Nationalgarde in Genua, deren sämmtliche höhere Offiziere ihre Stellen niedergelegt, scheint der nächste Anlaß zu dieser Maßregel gewesen zu sein; Minister Buffa hat interimistisch den Oberbefehl derselben übernommen. Die Piemonteser Zeitung meldet aus Villafranca (im Veronesischen) vom 15. Jan.: „Aus Deutschland treffen beträchtliche Sendungen von Kriegsmaterial in Verona ein. Die Oesterreicher concentriren sich bei Piacenza, und wollen, scheint es, die Mincio-Linie stark mit Artillerie besetzen. Auch aus Castiglione delle Riviere machen sie einen Stützpunkt.“ Die Sardinischen Blätter fahren fort die Stimmung der Lombarden gegen die Oesterreichische Herrschaft als eine höchst ungünstige zu schildern. Das Theater la Scala in Mailand besuche kein achtbarer Italiener, um dort nicht mit den Oesterreichischen Offizieren zusammensein zu müssen. Die Trevisaner werden gelobt, weil sie beschlossen, keinen Nationalabgeordneten nach Wien zu senden. Das gleiche soll in Padua beschlossen worden sein. Zugleich fahren diese Blätter fort, mit gräulichen Notizen über die „Brutalität“ der Kaiserlichen Soldaten gegen die Einwohner, heimlichen Hinrichtungen 2c.

Türkei.

Konstantinopel, den 10. Jan. (D. A. Z.) Mit dem letzten Kurier habe ich keine Nachrichten übersenden können, weil ein Orkan, wie ich ihn nie erlebt, es unmöglich machte, meinen Brief bis zur Oesterreichischen Post gelangen zu lassen. Mit Stiefeln mußte man durch den Schnee auf dem Hausflur gehen. Danach kann man sich eine Idee von dem Zustande der Straßenkommunikation machen. Die Thurmspitze des Galatathurms wurde in der Nacht abgeworfen und fiel ohne Schaden zu thun in einen Garten. Mehre Minarets in Stambul sind umgeworfen worden. Die Schiffe im Hafen des goldenen Horns wurden zum Theil losgerissen und gegen die alte Brücke mit solcher Gewalt geschleudert, daß dieselbe auseinandergesprengt wurde; einige sind versenkt und nur ihre Masten ragen noch hervor. Der Schaden auf der See muß ganz ungeheuer sein.

— Die Cholera hat sich bei uns wieder ganz entschieden eingestellt. Dasselbe meldet man aus den Provinzen, sodaß es nun schon feststeht, daß sie vollkommen einheimisch geworden.

Aegypten.

Alexandrien, den 8. Januar. Abbas Pascha hat vor seiner Abreise nach Konstantinopel Befehl erlassen, die von seinem Großvater, Mehmed Ali, zu großartigen, nach dem Maaßstabe von Frankreich und England angesetzten Fabriken auf eine geringere Ausdehnung zurückzuführen; die Zahl der Schüler, welche für den Besuch der öffentlichen Unterrichtsanstalten von der Regierung genährt und besoldet werden, bedeutend zu vermindern, die Prüfungen zu verschärfen und nur solche Jünglinge aufzunehmen, deren natürliche Fähigkeiten ein genügendes Resultat erwarten lassen; von den 30,000 Mann sehr mittelmäßiger Truppen nur 9000 im Dienste zu behalten, dieselben aber zu tüchtigen Soldaten zu bilden, ihnen bessere Keidung und Nahrung zu geben und ihre Löhnung zu erhöhen. In Bezug auf den Handel ist es für die mit Aegypten in Handelsverbindungen stehenden Länder von dem höchsten Interesse, daß der neue Statthalter das von den Türkischen Beamten auf die schändlichste Art ausgebeutete Monopol, welchem Mehmed Ali die Produkte Abyssiniens, Sudans u. s. w. unterworfen hatte, provisorisch aufgehoben hat. Die als Gewißheit anzunehmende Wahrscheinlichkeit, daß diese Freilassung auch für die Zukunft fortbestehen wird, hat bereits viele Unternehmer veranlaßt, nach den erwähnten Ländern abzureisen, um Gummi, Senna, Gold, Elephantenzähne u. s. w. dort einzutauschen.

— Der neue Statthalter Abbas Pascha hat den Befehl erlassen, die von seinem Großvater, Mehemed Ali, zu großartig nach dem Maßstabe von Frankreich und England angelegten Fabriken auf eine geringere Ausdehnung zurückzuführen; die Zahl der Schüler, welche für den Besuch der öffentlichen Unterrichtsanstalten von der Regierung genährt und besoldet werden, bedeutend zu vermindern, die Prüfungen zu verschärfen und nur solche Jünglinge aufzunehmen, deren natürliche Fähigkeiten ein genügendes Resultat erwarten lassen; von den 30,000 Mann sehr mittelmäßiger Truppen nur 9000 im Dienste zu behalten, dieselben aber zu tüchtigen Soldaten zu bilden, ihnen bessere Kleidung und Nahrung zu geben und ihre Löhnung zu erhöhen. Die besonders die ärmere Klasse drückende Kopfsteuer hat er aufgehoben. Ebenso das von den Türkischen Beamten auf die schändlichste Weise ausgebeutete Monopol, welchem Mehemed Ali die

Produkte Abyssiniens, Sudans ꝛc. unterworfen hatte. Von letzterer Maßregel verspricht man sich einen neuen Aufschwung des Handels nach jenen Ländern. (Allg. Z.)

Asien.

Tiflis. Am 7. Dec. wurde der Grundstein zu einer steinernen Brücke über den Kur gelegt, welche in jener Gegend ihrer kolossalen Arbeit wegen ihres Gleichen nicht haben wird. Fürst Woronzow, welcher die vortheilhafte Lage des jenseits liegenden Grundstücks, Kuki genannt, erkannte, sobald selbiges in einer ununterbrochenen Verbindung mit Tiflis stehen würde, ließ dasselbe parzelliren und verkaufen; jetzt, nachdem nach Verlauf von zwei Jahren dort eine neue Stadt entstanden ist, schritt man, um eine solche Verbindung herzustellen, zum Baue einer steinernen Brücke. Der Kur bildet hier zwei Arme und in der Mitte eine große Insel; über den rechten Arm wird ein Bogen und über den linken und Hauptarm drei Bogen, jeder von 15 Faden Länge und 5 Faden Breite, geschlagen; beide Brücken durch einen Erddamm, der die Insel durchschneidet, vereinigt werden.

Locales ꝛc.

Posen, den 31. Januar. Der am 27. d. zum Fallen sich stark neigende Wasserstand unserer Warthe (am 27. noch 6 F. wen. 1 Z.) hatte binnen drei Tagen sich wieder gestern Abend bis auf 7 F. 9 Zoll gesteigert. Veranlassung zu demselben ist wohl der durch mehrtägige Stürme herbeigeführte starke Schneefall. In der vorgestrigen Nacht fiel er an einigen Orten fast ellehoch. Der unmittelbar darauf eingetretene starke Frost (heute morgen 12° in der Stadt, 15° im Freien) hat auf die Physiognomie unserer Stadt einen heiteren und auf die Gesundheit der Menschen einen heilsamen Einfluß geübt. Wasserstand heute Mittag 7 Fuß 8 Zoll.

** Schwersenz, den 30. Jan. Bei der gestrigen hiesigen Urwahl zur ersten Kammer suchte der katholische Probst aus Chownica zwei achtbare Beamte von der Provinzial-Irren-Heilanstalt aus Owinsk zu überreden, ihre Stimmen einem Polen zu geben. Unter andern sagte er wörtlich zu ihnen: „Ihr seid ja die Unsrigen und eßt unser Brod!" Die Provinzial-Irren-Heilanstalt wird aber bekanntlich nicht blos von Polen unterhalten, sondern auch von den Deutschen. Der Probst selbst hat aber dazu gewiß noch gar nichts beigetragen. Oder meinte etwa der Probst, daß diese Beamten, weil sie der katholischen Kirche angehören, auch seinen Polnischen Glaubensbrüdern sich anschließen müßten? Das ist freilich immer wieder der alte bekannte Sauerteig, der auch vielen Geistlichen im Lande Posen anklebt. Ueberhaupt haben mehrere derselben in der nächsten Umgegend schon drei Sonntage hinter einander in den Kirchen in dieser Polnischen Weise politisirt und ihren Gläubigen nichts dringender an das Herz zu legen gewußt, als daß der Wahlmann, den sie zu wählen hätten, nur ein guter und eifriger Katholik sein müsse, wovon in dem Gesetz doch keine Silbe steht.

[Für den hier folgenden Theil ist die Redaction nicht verantwortlich].

Mit Vergnügen lesen wir in No. 25. dieser Zeitung die von Herrn Falk Fabian dem Herrn Regierungs-Rath Hoppe gegebene Ehrenerklärung, bedauern jedoch, daß Herr Falk Fabian das über Herrn Hoppe verbreitete falsche Gerücht selbst dadurch veranlaßt hat, daß er, aufgeregt über die von einem andern Mitbürger (der übrigens ein gleiches Ansinnen wie Herr Hoppe an Herrn Falk Fabian stellte) über die Juden thatsächlich hingeworfenen unliebsamen und unwürdigen Aeußerungen, dies im Zusammenhange mit seinem Rencontre des Herrn Hoppe in der Art erzählt hat, daß jenes Mißverständniß hervorgerufen wurde. Nicht böswillige Lüge also, sondern höchstens eine Personenverwechselung liegt jenem Gerücht über Herrn Hoppe zu Grunde.

Der Wahrheit die Ehre!

Bescheidene Anfrage.

„Ist es erlaubt mit Königlichen Uniformen bei einem öffentlichen Tanzvergnügen Maskenscherz zu treiben?"

Ein Preuße.

Marktberichte. Posen, den 29. Januar.
(Der Schfl. zu 16 Mtz. Preuß)

Weizen 1 Rtlr. 23 Sgr. 4 Pf. bis 2 Rtlr. 2 Sgr. 3 Pf. Roggen 27 Sgr. 9 Pf bis 1 Rthlr Gerste 22 Sgr. 3 Pf. bis 28 Sgr. 11 Pf. Hafer 14 Sgr 5 Pf. bis 16 Sgr. 8 Pf. Buchweizen 22 Sgr. 3 Pf. bis 24 Sgr. 5 Pf. Erbsen 26 Sgr. 8 Pf. bis 1 Rtlr. 1 Sgr. 1 Pf. Kartoffeln 8 bis 9 Sgr. Heu der Centner 17 Sgr. 6 Pf. bis 22 Sgr. Stroh das Schock 4 Rtlr. bis 4 Rtlr. 10 Sgr. Butter der Garnitz zu 8 Pfund 1 Rtlr. 20 Sgr. bis 1 Rthlr. 25 Sgr.

Posen, den 31. Jan. (Nicht amtlich.) Marktpreis für Spiritus p. Tonne von 120 Quart zu 80% Tralles $12\frac{7}{12}$ — $12\frac{2}{3}$ Rthlr.

Berlin, den 30. Januar.

Am heutigen Markt waren die Preise wie folgt: Weizen nach Qualität 52—56 Rtlr. Roggen loco 26—$27\frac{1}{2}$ Rthlr., p. Frühj. 82pfünd. $27\frac{3}{4}$ Rthlr. Br. Gerste, große loco 22 — 24 Rthlr., kleine 19—21 Rthlr. Hafer loco nach Qualität 15—16 Rthlr., p. Frühj. 48pfd. 15 Rthlr. Br. Rüböl loco 13 Rthlr. bez u. Br., Jan./Febr. $12\frac{5}{6}$ Rthlr. bez. und Br., Februar/März $12\frac{3}{4}$ à $12\frac{2}{3}$ Rthlr., März/April $12\frac{5}{6}$ à $12\frac{1}{2}$ Rthlr., April/Mai $12\frac{1}{2}$ Rthlr. bez. u. Br., Mai/Juni $12\frac{1}{2}$ à $12\frac{1}{3}$ Rtlr. Leinöl loco 10 Rtlr. Br.

Spiritus loco ohne Faß $14\frac{3}{4}$ Rthlr. verk., p. Januar 15 Rthlr. Br., p. Februar $15\frac{1}{4}$ Rtlr. Br., p. März $15\frac{1}{4}$ Rthlr. Br., p. Frühjahr 16 Rtlr. bez. u. G., $16\frac{1}{6}$ Br., Mai/Juni $16\frac{1}{2}$ Rtlr. Br.

Berliner Börse.

Den 30. Januar 1849.	Zinsf.	Brief.	Geld.
Preussische freiw. Anleihe	5	101	$100\frac{1}{2}$
Staats-Schuldscheine	$3\frac{1}{2}$	$80\frac{1}{4}$	$79\frac{3}{4}$
Seehandlungs-Prämien-Scheine	—	—	98
Kur- u. Neumärkische Schuldversch.	$3\frac{1}{2}$	—	—
Berliner Stadt-Obligationen	$3\frac{1}{2}$	$98\frac{1}{4}$	$97\frac{3}{4}$
Westpreussische Pfandbriefe	$3\frac{1}{2}$	—	$83\frac{1}{2}$
Grossh. Posener "	4	$96\frac{1}{2}$	—
" "	$3\frac{1}{2}$	$81\frac{5}{8}$	—
Ostpreussische "	$3\frac{1}{2}$	—	$90\frac{1}{4}$
Pommersche "	$3\frac{1}{2}$	$91\frac{1}{2}$	91
Kur- u. Neumärk. "	$3\frac{1}{2}$	$91\frac{7}{8}$	$91\frac{3}{8}$
Schlesische "	$3\frac{1}{2}$	—	—
" v. Staat garant. L. B.	$3\frac{1}{2}$	—	—
Preuss. Bank-Antheil-Scheine	—	$91\frac{1}{4}$	$90\frac{1}{4}$
Friedrichsd'or	—	$13\frac{7}{12}$	$13\frac{1}{12}$
Andere Goldmünzen à 5 Rthlr.	—	$12\frac{5}{8}$	$12\frac{1}{8}$
Disconto	—	—	$4\frac{1}{2}$
Eisenbahn-Actien (voll. eingez.)			
Berlin-Anhalter A. B.	4	79	$78\frac{1}{2}$
" Prioritäts-	4	$87\frac{1}{4}$	—
Berlin-Hamburger	4	$60\frac{1}{2}$	—
" Prioritäts-	$4\frac{1}{2}$	—	93
Berlin-Potsdam-Magdeb.	4	60	$59\frac{1}{2}$
" " Prior. A. B.	4	$82\frac{1}{2}$	—
" " "	5	$94\frac{1}{2}$	94
Berlin-Stettiner	4	$88\frac{1}{2}$	88
Cöln-Mindener	$3\frac{1}{2}$	79	$78\frac{1}{2}$
" Prioritäts-	$4\frac{1}{2}$	—	$92\frac{1}{2}$
Magdeburg-Halberstädter	4	112	—
Niederschles.-Märkische	$3\frac{1}{2}$	—	$71\frac{1}{2}$
" Prioritäts-	4	$86\frac{3}{4}$	—
" "	5	—	$98\frac{1}{2}$
" " III. Serie	5	$94\frac{3}{4}$	—
Ober-Schlesische Litt. A	$3\frac{1}{2}$	$93\frac{7}{8}$	$93\frac{1}{2}$
" " B.	$3\frac{1}{2}$	$93\frac{7}{8}$	$93\frac{1}{2}$
Rheinische	—	—	—
" Stamm-Prioritäts-	4	—	—
" Prioritäts-	4	—	—
" " v. Staat garantirt	$3\frac{1}{2}$	—	—
Thüringer	$4\frac{1}{2}$	$50\frac{1}{4}$	—
Stargard-Posener	4	—	$70\frac{1}{2}$

Druck u. Verlag von W. Decker & Co. Verantw. Redacteur: C. Hensel.

Edictal-Citation.

Auf den Antrag ihrer Verwandten und resp. Kuratoren werden die nachstehend benannten Personen:

1) Gottfried Rau, welcher sich vor etwa 23 Jahren mit der Anna Rosina Rüdiger in Steffanower Hauland verheirathet, demnächst aber sich vor länger als 17 Jahren von dort in einem Alter von ungefähr 30 Jahren entfernt hat und verschollen ist.

2) Martin Jerszyński, Sohn des Matheus Jerszyński und der Marianna geb. Plachecka, geboren in Koźmin am 8 November 1802, welcher vor mehr als 20 Jahren von dort als Schuhmachergeselle ausgewandert ist, und seitdem vermißt wird.

3) Friedrich Ludwig Thyrion, Sohn des verstorbenen Försters Thyrion, angeblich am 5. Juni 1810 geboren, welcher sich im Jahre 1828 oder 1829 aus Storchnest, wo er sich bei seinem Oheim, dem Ober-Amtmann Paschke aufgehalten, entfernt hat und wahrscheinlich nach Polen gegangen ist.

4) Matheus Rösler, Sohn des Leinwebers Joseph Rösler, am 23. September 1789 getauft, welcher in einem Alter von etwa 20 Jahren seinen Wohnort Schrimm verlassen hat und an dem Feldzuge in Rußland im Jahre 1813 Theil genommen haben soll.

5) Bartholomäus Malik (Mallok), Sohn des Dreschgärtners Adam Malik, am 16. Aug. 1790 in Dammersch Oscheck, Namslauer Kreises, geboren, welcher sich vor mehr als 20 Jahren aus seinem Wohnorte Marya-Alois entfernt und nach Polen begeben hat, wo er gestorben sein soll.

6) Der Drechslergeselle Karl Wilhelm Lassau, Sohn des Tischlers Karl Gottlieb Lassau, in Czempin am 30. Dezbr. 1805 geboren, welcher im Jahre 1836 von seinem Wohnorte Kurnik aus auf Wanderschaft gegangen und seitdem verschollen ist.

7) Der Ackerbürger Friedrich Rauhut aus Zaborowo, welcher sich angeblich vor mehr als 30 Jahren von dort entfernt hat.

8) Die Gebrüder Johann Sowiński, geboren in Raszkow am 11. April 1798, und Mathias Sowiński, geboren daselbst am 21. Febr. 1795, Söhne der Dominik und Rosalia Sowińskischen Eheleute, welche sich vor etwa 25 Jahren von Raszkow fortbegeben haben und dahin nicht zurückgekehrt sind.

9) Der Züchnergeselle Karl Wilhelm Lissner, im Jahre 1810 in Glauchau geboren, verheirathet im Jahre 1835 mit Eva Rosina geb. Końska, Vater eines am 19. Oktober 1837 gebornen Sohnes, welcher in demselben Jahre seinen Wohnort Schwersenz verlassen hat, und dahin nicht zurückgekehrt ist.

10) Jakob Banaszak (Barczak), welcher im Jahre 1809 in Winnagóra geboren, im Jahre 1830, nachdem er vorher in Czechowo als Knecht gedient hatte, zum Militair ausgehoben worden und seitdem verschollen ist.

11) Der Bäckergeselle Johann Friedrich Schwerin, am 18. Mai 1783 in Zduny geboren, welcher vor etwa 30 Jahren sich von dort entfernt hat und demnächst verschollen ist.

12) Adam Sperczyński, Sohn der Paul und Cäcilia Sperczyńskischen Eheleute, geboren zu Grabow am 23. Mai 1808, welcher in einem Alter von 12 bis 16 Jahren auf die Schule nach Petrikau gegangen ist und später die Akademie in Warschau bezogen haben soll.

13) Jette (Hannchen) Reich, Tochter der Elias und Chaje Reich Lissnerschen Eheleute, aus Krotoschin gebürtig, welche vor 34 oder 35 Jahren in einem Alter von 18 bis 20 Jahren ihren Geburtsort verlassen und sich nach Breslau begeben hat, seitdem aber verschollen ist.

14) Der Färbergeselle Friedrich Wilhelm Jänsch, Sohn der Schmiedemeister Gottfried und Friederike Jänschschen Eheleute in Grätz, am 10. Oktober 1799 geboren, welcher, nachdem er in Schlawa das Färberhandwerk erlernt hat, vor etwa 25 Jahren auf Wanderschaft gegangen ist und zuletzt in Freiberg in Sachsen als Geselle gearbeitet hat.

15) Marianna Elisabeth Gluska, geboren am 2. Februar 1794, im Jahre 1818 verheirathet mit dem Oekonom Kwiatkowski und deren Schwester Christine Gluska, geb. am 2. März 1800, Töchter der Schneider Valentin und Marianna Gluskaschen Eheleute in Betsche, welche sich im Jahre 1819 nach Rußland begeben haben und seitdem verschollen sind.

16) Der Kürschner Ignatz Paluszkiewicz, Sohn der Thomas und Catharina Paluszkiewiczschen Eheleute, zu Bnin am 10. Februar 1783 geboren, welcher sich vor 30 Jahren von dort entfernt hat.

17) Carl Ignatz Tensiorowski, Sohn des Organisten Johann Tensiorowski, zu Kobylagóra am 20. Januar 1803 geboren, welcher sich im Jahre 1831 von dort nach Polen begeben und seitdem nichts von sich hat hören lassen.

18) Der Kaufmann Carl Wilhelm Pusch aus Posen, welcher sich am 24. November 1837 in einem Alter von 52 Jahren aus seiner Wohnung entfernt hat und dahin nicht zurückgekehrt ist.

19) Der Fabian Sebastian Mrugalski, Sohn der Matheus u Catharina Mrugalskischen Eheleute, zu Görchen am 19. Januar 1795 geboren, welcher von dort als Tischlergeselle vor etwa 30 Jahren ausgewandert ist, zuletzt in Kalisch gearbeitet haben soll und seitdem verschollen ist, und

20) die Gebrüder Roch Mazurkiewicz, getauft zu Zduny am 18. August 1767 und Lorenz Mazurkiewicz, geboren daselbst am 14. August 1774, Söhne der Stanislaus und Hedwig Mazurkiewiczschen Eheleute, welche sich vor länger als 30 Jahren von ihrem Geburtsorte entfernt haben sollen und seit längerer Zeit verschollen sind,

so wie deren etwanige unbekannte Erben und Erbnehmer aufgefordert, sich in oder vor dem am 3ten August 1849 Vormitags um 10 Uhr vor dem Deputirten, Oberlandesgerichts-Referendarius Landowski in unserem Instruktionszimmer anstehenden Termine schriftlich oder persönlich zu melden, und weitere Anweisung zu erwarten, widrigenfalls sie für todt erklärt werden sollen, und ihr Vermögen den sich legitimirenden Erben ausgeantwortet werden wird.

Posen am 21. August 1848.

Königliches Ober-Landesgericht, Abtheilung für die Prozeßsachen.

Nothwendiger Verkauf.

Das zu Nadrożno bei der Stadt Pudewitz belegene, dem Friedrich Bergemann gehörige Mühlengut, bestehend aus einer Mühle von 2 Mühlgängen und einem Hirsegange, so wie 290 Morgen 141 □Ruthen Land und 5 Morgen Gewässer, wovon Letzteres in Pausch und Bogen auf 5135 Rthlr 17 Sgr. 6 Pf. und nach dem Ertrage auf 9512 Rthlr. 5 Pf., die Wassermühle dagegen nach dem Materialwerthe auf 5381 Rtlr. 7 Sgr. 6 Pf., und nach dem Ertrage auf 4781 Rthlr. 7 Sgr. 6 Pf. abgeschätzt worden, soll am 5ten Juni 1849 Vormittags 10 Uhr an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden.

Der Hypothekenschein, die Bedingungen und Taxe können zu jeder Zeit in unserem III. Geschäfts-Büreau eingesehen werden.

Land- und Stadtgericht zu Schroda.
Der Richter: Röder.